

B002: Gelingende Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt: Zukunftssicherung für die Metropole Berlin

Laufende Nummer: 30

Antragsteller/in:	IG Metall Berlin
Status:	zugeordnet
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bildung

Gelingende Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt: Zukunftssicherung für die Metropole Berlin

- 1 Qualifizierter Nachwuchs ist die unverzichtbare Grundlage für das Wachstum der Berliner
- 2 Industrie und der Wirtschaft insgesamt. Die Zukunft des Industriestandorts Berlin braucht
- 3 daher gute Bildung und attraktive Ausbildung für alle. Dies gilt umso mehr, da auf der
- 4 einen Seite in den nächsten Jahren eine große Zahl älterer Kollegen*innen aus dem
- 5 Arbeitsleben ausscheiden wird. Dafür gilt es, den Abwärtstrend bei den Ausbildungsplätzen
- 6 in Berlin zu stoppen und umzukehren und das Potential der betrieblichen Ausbildung stärker
- 7 für die Zukunftsperspektiven der Jugendlichen und der Betriebe zu nutzen.
- 8 Auf der anderen Seite ergeben sich große Herausforderungen durch die fortschreitende
- 9 Digitalisierung der Arbeitswelt. Digitalisierungskonzepte die nur noch akademisch
- 10 Hochqualifizierte und ungelernete Helfertätigkeiten vorsehen, gehen an den Realitäten der
- 11 zukünftigen Arbeitswelt vorbei. Die duale Ausbildung schließt diese Lücke, stärkt den
- 12 gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist ein unabdingbarer Baustein für Integration und
- 13 Aufstieg.
- 14 Mehr Unternehmen, die bisher nicht ausbilden, müssen als Ausbildungsbetriebe gewonnen
- 15 werden. Die Ausbildungsquoten der Betriebe, die ausbilden, liegen in Berlin weit unter dem
- 16 bundesdeutschen Durchschnitt und sind entsprechend anzuheben. Die Verbundausbildung in
- 17 industriellen Berufen ist auszuweiten und in gemeinsamer Verantwortung des Landes und der
- 18 Unternehmen zu tragen.
- 19 Berlin braucht alle Jugendlichen. Niemand darf zurückbleiben. Zu vielen jungen Menschen
- 20 gelingt der Einstieg in eine Duale Berufsausbildung nicht. In 2017 lag die Zahl der
- 21 Neuverträge knapp über 15.000, das waren 100 weniger als im Jahr zuvor. Auf 100
- 22 Ausbildungsplätze kamen 133 Bewerber*innen. Trotz einer großen Zahl unversorgter
- 23 Jugendlicher bleibt eine erhebliche Zahl von Ausbildungsplätzen unbesetzt. Für die Zukunft
- 24 Berlins ist es wichtiger denn je, das bislang ungenutzte Potential junger Menschen zu
- 25 fördern und ihnen berufliche Perspektiven zu bieten. Dabei müssen immer noch bestehende
- 26 geschlechtsspezifische Rollenbilder überwunden werden - so gilt es, Mädchen und junge
- 27 Frauen auch für die industriellen Berufe zu interessieren. Anstrengungsbereitschaft und
- 28 Motivation bei den Jugendlichen ist nur dann zu erwarten, wenn sie eine realistische
- 29 Chance sehen, einen anerkannten Berufsabschluss erwerben zu können. Jugendliche, die
- 30 aufgrund mangelnder Ausbildungsangebote keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, müssen
- 31 nach erfolglosen Bewerbungen um einen betrieblichen Ausbildungsplatz eine Alternative
- 32 bekommen.

33 Für eine lebenswerte Zukunft in der Metropole sind gelingende Übergänge von der Schule in
34 die Arbeitswelt eine zentrale Voraussetzung. Das Einstiegsalter in Ausbildung ist mit über
35 21 Jahren viel zu hoch. Die Einmündungen direkt nach der Schule in eine Berufsausbildung
36 stellen eher die Ausnahme dar. Nur 3.000 Schulabgänger*innen schaffen es, sich gegen die
37 große Zahl älterer Bewerber*innen – auch aus anderen Bundesländern – durchzusetzen. Auf
38 dem Weg zu einem Ausbildungsplatz sind Umwege und lange Wartezeiten für die Mehrheit der
39 Berliner Jugendlichen die Realität. Knapp 10.000 Jugendliche befinden sich in einer
40 Maßnahme des Übergangssystems, die nicht direkt zu einem qualifizierenden Berufsabschluss
41 führt, mit hohem Risiko, in Hartz IV zu landen. Immer weniger Schulabgänger*innen sehen in
42 der Dualen Ausbildung eine attraktive berufliche Option. Die Anzahl der Bewerbungen sinkt,
43 nicht zuletzt auch, weil der Trend zum Abitur mit seinen vielfältigen Verwertungsoptionen
44 geht.

45 Daher ist ein transparentes und gerechtes Übergangssystem „aus einem Guss“ wichtig, das
46 den Jugendlichen frühzeitig ermöglicht, Kompetenzen für eine qualifizierte Berufswahl
47 aufzubauen, und das vielfältige und realistische Optionen auf eine Berufsausbildung
48 bereithält. Gute *Betriebspraktika*, die vielen als Sprungbrett in eine betriebliche
49 Ausbildung dienen, sind immer noch ein Engpass. Schulen werden aufgefordert, die
50 Ausbildung als Ziel ihrer Berufsorientierung zu stärken; Betriebe werden aufgefordert,
51 mehr Betriebspraktika zur Verfügung zu stellen. Betriebspraktika ab Klasse 7 spielen
52 hierbei eine zentrale Rolle. Sie müssen einer definierten Qualität entsprechen und in
53 ausreichender Zahl für jede Klassenstufe zur Verfügung stehen, präzise eingebettet in eine
54 über die Schuljahre gestufte Berufsorientierung. Die bilaterale Form der Kontakte zwischen
55 Betrieben und Schulen muss zugunsten einer effizienteren, für alle Seiten gewinnbringenden
56 Zusammenarbeit von Betrieben und Schulen im Sinne von Interessengemeinschaften für
57 Ausbildungsperspektiven oder Konsortien verlassen werden. Der Ausbildungsstart direkt nach
58 der Schule muss zum Normalfall werden. Unnötige Warteschleifen auf dem Weg in die
59 Berufsausbildung sind zu vermeiden.

60 Um das *Recht auf Ausbildung* für alle umzusetzen, kommt es auf die Qualität des Berliner
61 berufsqualifizierenden Systems an. Ein erfolgreicher Übergang endet eben nicht an der „1.
62 Schwelle“ (Einstieg in Berufsausbildung), sondern erst dann, wenn die jungen Erwachsenen
63 ihren Ausbildungsabschluss erreichen und in der Arbeitswelt gut angekommen sind. Eine
64 Herausforderung für die Ausbildung bildet die wachsende Heterogenität unter den
65 Auszubildenden (Altersspanne, Migrationshintergründe, Geflüchtete, unterschiedliche
66 Eingangsleistungsprofile).

67 Deswegen muss besonderes Augenmerk auf die Qualität der Berufsausbildung selbst gerichtet
68 werden, insbesondere auch in Hinblick auf die gewachsenen pädagogischen Herausforderungen.
69 Dabei sind *beide* Lernorte der Dualen Berufsausbildung von Bedeutung, also nicht nur die
70 Betriebe, sondern auch die Berufsschulen und insbesondere ihre pädagogische Kooperation.
71 Die Mobilisierung des Lernorts Betrieb ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Die Qualität der
72 beruflichen Schulen muss steigen; ausreichendes Lehrpersonal mit hohen, modernen,
73 fachlichen und pädagogischen Qualifikationen ist hierfür unbedingte Voraussetzung. Die
74 durch die zunehmende Digitalisierung vorangetriebenen Veränderungen in den Betrieben
75 müssen auch in den beruflichen Schulen abgebildet werden können. Vollschulische, aber
76 pädagogisch auf Berufspraxis hin ausgerichtete Angebote sind wichtig für die
77 Bereitstellung eines ausreichenden Angebots, dürfen aber in Hinblick auf ihre
78 Verwertungsmöglichkeiten keine „2. Wahl“ sein. Die vielgestaltige Landschaft der

79 beruflichen Qualifizierung ist auf den Prüfstand zu stellen, zunehmend eine gemeinsame
80 Verständigung auf Qualitätskriterien und Verfahren. Das System muss korrektur- und
81 innovationsfähig sein und den Anforderungen der Digitalisierung gerecht werden (Technik,
82 Lernvoraussetzungen, Methodik).

83 Berlin hat einen wachsenden Anteil Jugendlicher mit Migrationsgeschichte. Doppelt so viele
84 Schüler*innen mit Migrationshintergrund als ohne verlassen die Schule ohne Abschluss. Der
85 immer noch zu geringe Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund unter den
86 Auszubildenden wird zunehmend als gesamtgesellschaftliches Problem erkannt. Die
87 betrieblichen Eignungsfeststellungen sind in ihren Verfahren und Instrumenten nach wie vor
88 eher auf in schulischen Kernfächern gute und im Bewerbungsgespräch überzeugende junge
89 Leute eingestellt, nicht aber ausreichend darauf, was sie als Potenzial, Motivation und
90 Lernbereitschaft mitbringen. Praktika müssen deshalb viel mehr als bisher auch als
91 Erprobungsfeld aus der Sicht der Jugendlichen und der Betriebe herangezogen werden.
92 Die Berliner Situation im Übergang Schule-Beruf ist gekennzeichnet durch eine starke
93 Konzentration beruflicher Perspektivlosigkeit an bestimmten Schulstandorten, die durch
94 „einen hohen Anteil von Schülern/innen nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH)“ und aus
95 Armutsverhältnissen“, deren Familien ihr Einkommen aus SGB II bestreiten und von der
96 Zuzahlung zu den Lernmitteln befreit sind (Imb). Für diese Schulen bedarf es einer
97 gemeinsamen konzertierten Initiative, man könnte sie auch als Schulen mit einem besonderen
98 Bedarf an Berufsorientierung bezeichnen („BO-Bedarfsschulen“)..

99 Der im Öffentlichen Dienst und bei den Betrieben mit Landesbeteiligung erprobte
100 „Konsortialansatz“, der vom Beauftragten für Integration und Migration stammenden
101 Initiative *Berlin braucht dich!* wird seit 2013 auf Initiative der IG Metall Berlin und in
102 enger Abstimmung mit dem zuständigen Arbeitgeberverband auch in der Metall- und
103 Elektroindustrie praktiziert. Dieser Ansatz liefert einen wichtigen Beitrag zur Öffnung
104 ungeförderter betrieblicher Berufsausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Es
105 handelt sich bei diesem Ansatz um ein innovatives Modell der Kooperation von Betrieben und
106 Schulen, das bei der Weiterentwicklung der Berliner Berufsorientierung zu berücksichtigen
107 ist.

108 Viel hat sich in den letzten Jahren getan. Das Feld der Berufsorientierung hat sich in
109 Berlin in den letzten Jahren dynamisch entwickelt, nicht zuletzt durch die Einführung des
110 WAT-Unterrichts (Wirtschaft-Arbeit-Technik) in der Sekundarschule und das „Duale Lernen“.
111 Das Landeskonzept der Berliner Berufs- und Studienorientierung wurde entwickelt und ist
112 verabschiedet. Nun ist es zwar verbindlich, aber noch nicht Realität. Das Berliner Modell
113 der Jugendberufsagentur (JBA) mit bezirklichen Standorten ist eingeführt und soll durch
114 eine enge räumliche und personelle Zusammenarbeit den Zugang von Jugendlichen in
115 Ausbildung optimieren. Auf diesen Ansätzen muss weiter aufgebaut werden.

116 Ein kohärentes und erfolgreiches Übergangssystem ist nur mit einem gemeinsamen Verständnis
117 und integrierter Strategie möglich. Die unterschiedlichen Modelle und
118 Koordinierungsansätze sind weiterzuentwickeln zu einem landesweit abgestimmten
119 Landesprogramm „neues Übergangssystem Berlin“. Die einschlägigen Fachressorts,
120 insbesondere Bildung und Arbeitsmarktpolitik, aber auch Wirtschaft und Stadtentwicklung
121 sowie die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit müssen enger
122 als bisher zusammenarbeiten und arbeitsteilig und kooperativ ein solches Landesprogramm
123 umsetzen.

124 Das „Neue Übergangssystem Berlin“ braucht eine *dauerhafte Koordinierung*. Aufgabe dieses

125 Übergangsmanagement muss es sein, die Angebote transparent zu sortieren und nach
126 einheitlichen Qualitäts Gesichtspunkten auszurichten. Prüfsteine sind, ob die Maßnahmen
127 nach den Kriterien Gender, Migrationshintergrund und benachteiligungssensibel ausgerichtet
128 sind. Berlin als „Metropole der Vielfalt“ braucht den *Fokus Migration/Integration*, der
systematisch einzubeziehen ist.

129 Der DGB schlägt vor, spätestens zur „Halbzeit“ des Berliner Senats im Frühjahr 2019
130 abgestimmten Entwurf für ein Landesprogramm „Neues Übergangssystem Berlin“ und das
131 zugehörige Übergangsmanagement in der Sonderkommission des Regierenden Bürgermeisters
132 vorzulegen. Das jetzt begonnene Jahr der Bundesratspräsidentschaft des Regierenden
133 Bürgermeisters sollte genutzt werden, um auch öffentlich einen Diskurs um die wichtige
134 zukünftige Rolle der beruflichen Ausbildung in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt
135 zu führen.

136 Der DGB ist aufgefordert sich hieran mit seinen Mitgliedsgewerkschaften zu beteiligen und
137 mit öffentlichen Aktivitäten wie politischen Initiativen zu unterstützen.